

Urban Mangold (für die ÖDP-Stadtratsfraktion)

Herrn Oberbürgermeister

Jürgen Dupper

Rathaus

94032 Passau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens der ÖDP-Stadtratsfraktion stelle ich folgenden Antrag mit der Bitte, dass dieser möglichst in der kommenden Sitzung des Klinikum-Ausschusses behandelt wird:

1) Der Werkleiter wird mit der Erstellung einer Überstundendokumentation beauftragt. Die Dokumentation muss die kumulierten Überstunden der letzten fünf Jahre in den einzelnen Abteilungen/Stationen des Klinikums sowie deren Verteilung auf die letzten fünf Jahre darstellen.

2) In den Sitzungen des Werkausschusses sind ab sofort zwei Arbeitnehmer-Vertreter mit Rederecht zugelassen, die der Personalrat entsenden kann.

3) In die Tagesordnung des Werkausschusses Klinikum wird ab sofort in jeder Sitzung der obligatorische Tagesordnungspunkt „Arbeitnehmerangelegenheiten“ aufgenommen, bei dem die Arbeitnehmervvertreter frei sagen können, welche Anliegen sie haben.

4) Anträge von Beschäftigten auf Reduzierung der Arbeitszeit aus familiären Gründen sind mit größtmöglichem Wohlwollen zu behandeln. Die Teilzeitwünsche sind nach Möglichkeit so zu gewähren wie die Arbeitnehmer es beantragen, es sei denn, zwingende und unabwendbare Gründe des betrieblichen Ablaufs sprechen dagegen. Dem Werkausschuss des Klinikums ist in jeder Sitzung ein Bericht vorzulegen, in dem namentlich dargestellt wird, welche Teilzeitanträge aus welchen Gründen nicht wie beantragt genehmigt werden konnten. Sofern zur Umsetzung dieser Vorgabe Kompetenzabgrenzungen neu geregelt werden müssen, wird dies umgehend zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ferner beantragen wir, dass das zuständige Gremium folgenden Beschluss fasst:

5) Dem Aufsichtsrat der Klinikum Service-GmbH gehören bis zur endgültigen Umwandlung oder Auflösung der GmbH ebenfalls zwei Arbeitnehmer-Vertreter an.

Begründung:

Zu 1) Wir haben aufgrund verschiedener Schilderungen den Eindruck, dass es im Klinikum Bereiche gibt, in denen die Beschäftigten jenseits des Verträglichen arbeiten. Das kann sich auf Dauer nur nachteilig auswirken. Schließlich sollen alle Patienten das Gefühl haben, dass das Personal die notwendige Zeit hat. Nicht der Gewinn, sondern der Mensch muss im Vordergrund stehen

Zu 2) Bislang nimmt nur ein Arbeitnehmer-Vertreter regelmäßig an den Sitzungen des Werkausschusses teil.

Zu 3) Mir wird immer wieder geschildert, dass es am Klinikum aus Angst vor Nachteilen kaum jemand wagt, Anliegen, Kritik der gar Überlastungsmeldungen vorzubringen. Ich gehe davon aus, dass dieses problematische Klima nur veränderbar ist, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Stadtpolitik ausdrücklich aufgefordert sind, ihre Anliegen vorzutragen.

Zu 4) Ich habe bereits wiederholt von verschiedenen Seiten gehört, dass der Wunsch nach Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen am Klinikum häufig mit dem Modell ‚eine Woche Arbeit, eine Woche Freizeit‘ beantwortet wird. Das ist aber kein sinnvolles Teilzeitbeschäftigungsverhältnis, bei dem Erziehungsberechtigte Kinderbetreuung und Berufsleben in Abstimmung mit dem Kindergarten in Einklang bringen können. Beschäftigte mit kleinen Kindern sollten nach Ansicht der ÖDP-Fraktion familiengerechte Arbeitsbedingungen vorfinden. In der inneren Verwaltung der Stadt klappt das schon ganz gut. Und auch wenn es in einer Klinik sicherlich schwieriger ist als in einem Büro, so muss doch alles Mögliche getan werden, um im Regelfall den Wünschen berufstätiger Eltern entgegen zu kommen. Deshalb soll ab sofort in jeder Ausschusssitzung, zumindest aber halbjährlich ein Bericht vorlegt werden, der darüber Aufschluss gibt, welche Teilzeitwünsche aus welchen Gründen nicht wie vom Arbeitnehmer beantragt bewilligt werden konnten. Nach Ansicht der ÖDP-Fraktion sollten solche Fälle die absolute Ausnahme bleiben, wenn es aus zwingenden organisatorischen Gründen gar nicht anders geht.

Zu 5) In den Aufsichtsrat der Service-GmbH durften die Arbeitnehmer bis vor kurzem überhaupt keinen Vertreter entsenden.

Mit freundlichem Gruß

Urban Mangold